



NEWSLETTER 10/2015

FORUM|MIGRATION



© Matthias Stolt - Fotolia.com

Asyl: Antworten auf die Krise

Wie in einer Kettenreaktion spitzte sich in den letzten Wochen die Lage für Flüchtlinge in Europa zu. Die politische Debatte könnte erhitzen kaum sein. Wie viele andere Menschen leisten auch Gewerkschafter_innen in dieser Zeit Hilfe. Gleichzeitig stehen drängende Fragen an: Wie werden Flüchtlinge kurzfristig menschenwürdig versorgt? Wie finden sie angemessenen Zugang zum Arbeitsmarkt? Was bedeutet die Ankunft der Flüchtlinge für die Arbeitnehmendenrechte? Wie lässt sich die zunehmende fremdenfeindliche Gewalt bekämpfen? Die Gewerkschaften versuchen, Antworten auf diese Fragen zu geben.

Der Vorsitzende des **Deutschen Gewerkschaftsbundes**, Reiner Hoffmann, hat die Arbeitgeber davor gewarnt, Schutzsuchende als billige Arbeitskräfte einzusetzen und den Mindestlohn für sie auszusetzen. „Das ist nicht nur unmenschlich, das ist auch sozial überhaupt nicht verantwortlich“, sagte Hoffmann. Flüchtlinge müssten zu denselben Bedingungen arbeiten können, wie deutsche Arbeitnehmer_innen. Zudem sei die so genannte Vorrangprüfung zu überdenken. Derzeit muss die Arbeitsagentur bei einer

freien Stelle prüfen, ob auch ein_e inländische_r oder aus EU-Staaten zugewanderte_r Bewerber_in in Frage kommt. Diese Prüfung entfällt nach 15 Monaten. Diese Vorschrift müsse „praxistauglicher“ werden, sagte Hoffmann. Der DGB kritisiert, dass die Ankunft der Flüchtlinge den Ausbau der Mindestlohnkontrollen verlangsamt. DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell sagte, dass ausreichend Beamte zur Verfügung stehen müssten, um die Flüchtlinge zu registrieren. „Dafür aber hunderte Beschäftigte der Finanzkontrolle Schwarzarbeit von den bitter nötigen Mindestlohnkontrollen abzuziehen kommt einer Einladung an die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern gleich, den Mindestlohn zu umgehen.“

Auch **Ver.di** warnte Unternehmen davor, geltende Vorschriften bei der Integration von Flüchtlingen zu unterlaufen. Flüchtlinge dürfen nicht mit Langzeitarbeitslosen gleichgestellt werden, die teilweise vom Mindestlohn ausgenommen sind, sagte Michael Fischer, Ver.di-Bereichsleiter Politik und Planung. „Es darf nicht dazu führen, dass sich die Arbeitsbedingungen für die bisherige Belegschaft verschlechtern.“ Ein Risiko sei, dass Flüchtlinge mit der Aussicht auf Beschäftigung etwa schlechtere Löhne

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT 10/2015

Asyl: Antworten auf die Krise	1
550.000 Menschen mehr	2
Migrant_innen: Doppelt so oft erwerbslos	3
News + Termine	3
Die Abschreckung wirkt nach – Kommentar von Prälat Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes	4



Fortsetzung von Seite 1

akzeptieren könnten, sagte Fischer. Die Mindestarbeitsbedingungen müssten deshalb stärker kontrolliert werden. Ver.di selbst werde Mittel und Personal aufstocken, sowie eigene Räume für Deutsch- und Integrationskurse anbieten.

Nach den Nazi-Attacken in Heidenau kritisierten die Migrant_innen in Ver.di Stimmungsmache gegen Flüchtlinge: „Die Politikerrede vom ‚massenhaften Asylmissbrauch‘, die Unterscheidung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Flüchtlinge und Vorschläge, Geld- und Sachleistungen für ungewollte Menschen aus den krisengeschüttelten Balkanstaaten zu kürzen, leisten der Auffassung Vorschub, dass die Flüchtlinge selbst für die aufgeladene Stimmung verantwortlich seien“, heißt es in einer Erklärung des Ver.di-Migrationsausschusses.

Bis zu 400.000 Flüchtlingskinder könnten in diesem Jahr neu an die Schulen kommen. Die Vorsitzende der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**, Marlis Tepe, hat mit Blick auf die Haushaltseratungen im Bundestag deshalb Soforthilfen für Bildungseinrichtungen gefordert. „Das Menschenrecht auf Bildung gilt für alle, ohne Ausnahme und ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus“, sagte Tepe. Flüchtlinge müssten ab ihrer Ankunft Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Dies sei die wichtigste Bedingung, um Integration zu ermöglichen. Der Haushalt 2016 komme dieser Anforderung nicht nach, sagte Tepe.

„Wir brauchen umfangreiche Hilfen für Schulen und Lehrer“, sagte auch die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack. Die Schulen müssten künftig mit zum Teil schwer traumatisierten Kindern arbeiten, zudem würden zunehmend Kinder mit unterschiedlichen Sprachen gemeinsam beschult. Hannack forderte bis zu 10.000 zusätzliche Lehrkräfte jährlich, dazu Sozialarbeiter und Psychologen. „Das hilft allen Schülern – nicht nur Flüchtlingen“, sagte Hannack. Die Themen Flucht und Asyl müssten Teil der Lehrerausbildung werden.

Bei einer Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September in Frankfurt erinnerte der erste Vorsitzende der **IG Metall**, Detlef Wetzel, daran, dass es seit

dem Ende des Zweiten Weltkrieges weltweit nie mehr Flüchtlinge gegeben habe als heute. Er sei „bestürzt und beschämt darüber, wie sehr Flüchtlingen in Deutschland mit Rassismus begegnet wird“, sagte Wetzel. Umso beeindruckender sei die gesellschaftliche Gegenreaktion. Viele Menschen wollten nicht zu lassen, dass die aggressive Haltung einer lautstarken Minderheit die Stimmung präge. Die IG Metall werde ein bundesweites Mentoren- und Patenschaftsprogramm starten, um Flüchtlingen beim Start in den Arbeitsmarkt zu helfen. Für lokale Unterstützungsaktivitäten stellte der Vorstand 500.000 Euro Sondermittel zur Verfügung. Wetzel forderte die Arbeitgeber auf, Möglichkeiten zur Qualifizierung und Beschäftigung zu schaffen – „ohne die aktuelle Situation für Lohndumping zu missbrauchen.“ Die geplante Aufhebung des Leiharbeitsverbots für Asylsuchende und Geduldete nach drei Monaten sei „das falsche Signal“.

Angesichts der Zunahme fremdenfeindlicher Angriffe forderte die **Gewerkschaft der Polizei (GdP)**, die Polizei bei Planung und Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften künftig grundsätzlich einzubinden. „Die Erfahrungen unserer Kolleg_innen können maßgeblich dazu beitragen, solch widerliche, ausländerfeindliche Anschläge wenn nicht zu vereiteln, so zumindest deutlich zu erschweren,“ sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, Jörg Raddek. Wenn Registrierungsstellen geschlossen sind, melden sich Flüchtlinge zur Registrierung oft bei der Polizei. Dies behindere immer stärker die eigentliche Arbeit, so die GdP.

Die Vorsitzende der **Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)**, Michaela Rosenberger, kritisierte, dass die Unionsparteien sich weiter gegen ein Einwanderungsgesetz sperren. Ein Gesetz würde „Flüchtlingen den Zugang zu Arbeit und ökonomischer Teilhabe ermöglichen“, so Rosenberger.

Die **IG BCE** und sechs Arbeitgeberverbände bekundeten ihre Absicht, gemeinsam einen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zu leisten. „Viele der Menschen, die jetzt zu uns kommen, werden dauerhaft bleiben“, heißt es darin. Die Zuwanderung sei eine große Chance, den demografischen Wandel

in unserem Land positiv zu beeinflussen. Allerdings erfordere dies, dass die Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen können. Arbeitgeber und IG BCE wollen deshalb Flüchtlingen mit geklärtem Bleiberecht und Arbeitserlaubnis helfen. Die Unternehmen würden Kapazitäten zur beruflichen Integration von Flüchtlingen zu schaffen. Über Praktika und das Programm „Start in den Beruf“ sollen Flüchtlinge Sprachunterricht erhalten und auf eine Ausbildung in der chemischen Industrie oder anderen Branchen vorbereitet werden. Die Unterstützungsakademie der chemischen Industrie (UCI), eine gemeinsame Einrichtung der Chemie-Sozialpartner, werde die Eingliederungsverhältnisse fördern. Flüchtlinge, die bereits eine gesuchte Ausbildung absolviert haben, sollen „so weit und so schnell wie möglich“ in Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Die **IG BAU** forderte die Bundesregierung auf, den Bau fester Wohnungen für Flüchtlinge zu beschleunigen. „Die Temperaturen fallen jetzt. Eine Unterbringung in Zelten bis in den Winter hinein ist eine Zumutung“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. Eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe könne prüfen, welche Bauvorschriften in dieser Notsituation ausgesetzt werden könnten. „Die Eile darf jedoch nicht dazu führen, dass Flüchtlinge in halbfertige Baracken ziehen müssen oder Bauten entstehen, mit denen man nach Ende der Fluchtbewegungen nichts mehr anfangen kann“, sagte Feiger. Der Bau von Flüchtlingswohnraum sollte neben dem Staat auch von privater Hand erfolgen, so die IG BAU.

Siehe zu dem Thema auch den Kommentar von Caritas-Präsident Dr. Peter Neher auf Seite 4

Broschüre: Flucht. Asyl. Menschenwürde. DGB Handreichung: www.bit.ly/1VWrDzA

Solidaritätserklärung des Ver.di Migrationsausschusses: www.bit.ly/1NZOW6V

Hamburger Gewerkschafter helfen Flüchtlingen: www.bit.ly/1Kkgmiz

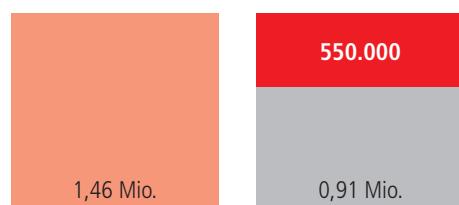
Aktionen der IG Metall: www.bit.ly/1K8RHZy, bit.ly/100ufSt und bit.ly/1OoFmDo

Die Aktivitäten der GEW zu Asyl: www.bit.ly/1F7EQb0

550.000 Menschen mehr

Höchste Zuwanderung seit 1992

2014: ■ = Fortzüge · ■ = Zuzüge · ■ = Netto-Zuzug



Polen:	138.680	197.908
Rumänien:	116.729	191.861
Bulgarien:	44.491	77.790
Italien:	36.304	73.361
Syrien:		64.952
Ungarn	41.024	57.280



Migrant_innen: Doppelt so oft erwerbslos

Nicht nur Neuzuwanderer_innen, sondern auch Migrant_innen, die schon länger in Deutschland leben, müssen besser gefördert werden. Das zeigt eine Untersuchung aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Nach der Auswertung der neuesten verfügbaren Daten aus dem Mikrozensus liegt die Erwerbslosenquote von Migrant_innen insgesamt bei fast zehn Prozent – etwa doppelt so hoch wie im Rest der Bevölkerung. Und diejenigen, die eine Arbeit finden, müssten häufig mit weniger angesehenen Jobs vorliebnehmen. Selbst

unter den qualifizierten Einwanderer_innen mit Berufsabschluss sei der Anteil prekär Beschäftigter vergleichsweise hoch. In einer „besonders ungünstigen Lage“ seien türkische Staatsangehörige in Deutschland und Menschen aus Ländern außerhalb der EU. Zuwanderer_innen aus Drittstaaten und der Türkei, die in Alter, Familienstand und Bundesland allen anderen Erwerbsfähigen gleichen, sind signifikant stärker von Erwerbslosigkeit betroffen. Besonders deutlich fallen die Nachteile für Männer mit Migrationshintergrund der zweiten Generation mit zumindest einem Elternteil aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien aus: Die Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosig-

keit liegt mit ca. 28 bzw. 26 % fast doppelt so hoch. Unabhängig vom Bildungsniveau stoßen fast alle Migrant_innengruppen auf größere Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche als in Alter, Bildung und weiteren Eigenschaften vergleichbare Personen ohne Migrationshintergrund. Es sei deshalb notwendig, nicht nur Neuzuwanderung zu fördern und zu regeln, sondern auch die seit Langem in Deutschland lebenden Migrant_innen zu unterstützen, so das WSI.

 WSI-Papier „Die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen in Deutschland“:
www.bit.ly/1Lb6Llf

News + Termine

Gerichtsurteil: Deutschland darf arbeitslosen EU-Bürgern Hartz IV streichen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat deutsche Regelungen zu Hartz-IV-Leistungen für arbeitslose EU-Ausländer_innen grundsätzlich bestätigt. Laut einem am 14. September verkündeten Urteil haben Unionsbürger keinen Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, wenn sie in Deutschland noch nicht gearbeitet haben. Eine in Bosnien geborene Schwedin hatte geklagt. Sie lebte in Berlin von Kurzzeit-Jobs, danach bekam sie Hartz IV, was aber nach einigen Monaten gestrichen wurde. Dem EuGH zufolge verstößt die Entscheidung des Berliner Jobcenters nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung: Unionsbürger, die weniger als ein Jahr gearbeitet haben und dann unfreiwillig arbeitslos wurden, haben nur Anspruch auf ein Aufenthaltsrecht für weitere sechs Monate. Während dieser Monate können sie sich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz berufen und Sozialhilfeleistungen beanspruchen.

 Az. C-67/14

Best Practices: Neue Studie zur Chancengleichheit von Beschäftigten mit Migrationshintergrund

Acht Millionen Beschäftigte in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, Tendenz steigend. Doch nur wenige Unternehmen haben Betriebsvereinbarungen, um diese Beschäftigten besser zu integrieren. Die Hans-Böckler-Stiftung hat jetzt die Wirkungsweise solcher Vereinbarungen in vier großen Unternehmen untersucht und auf dieser Basis eine Handreichung für Betriebsräte erstellt.

 www.bit.ly/1QbDL2o

Visa-Warndatei: Dürftige Ausbeute

Der Daten-Abgleich von Visa-Anträgen für die Einreise nach Deutschland mit der Anti-Terror-Datei führt nur äußerst selten zu Treffern. Das berichtet die Rheinische Post. So wurden zwischen dem Beginn des Verfahrens am 1. Juni 2013 und dem 31. Juli 2015 rund vier Millionen Visumsverfahren über

die Anti-Terror-Datei geprüft. In nur sieben Fällen kamen die Behörden zu dem Ergebnis, dass sich für die beantragte Einreiseerlaubnis „zwingende Versagensgründe“ ergeben. In 97 weiteren Fällen gab es „sonstige Sicherheitsbedenken“.

Großbritannien: Keine EU-Ausländer_innen ohne Job

Großbritanniens Innenministerin Theresa May hat erneut eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU verlangt. Sie forderte, nur noch EU-Ausländer_innen ins Land zu lassen, wenn diese ein Arbeitsverhältnis nachweisen könnten. Das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit habe dazu geführt, dass arbeitslose Menschen auf der Suche nach Arbeit und Sozialleistungen das Land wechseln könnten. „Als es geschaffen wurde, sollte es Arbeitnehmern ermöglichen, das Land zu wechseln, nicht Arbeitslosen woanders einen Job zu suchen“, so May.

Medienverleih – Filmtipp: „It's a free World“

Mit emotionaler Wucht erzählt Ken Loachs Film eine berührende Geschichte von Soll und Haben. Angie steigt ein ins Geschäft mit Arbeitern aus Osteuropa. Doch hier ist das Geschäftsklima rau, sind Gesetze nur zum Übertreten da. Zusammen mit ihrer Freundin Rose verschafft sie illegalen Einwanderern Arbeit – wenn auch nur für einen Tag. Doch mehr und mehr gerät Angie zwischen die Fronten aus Wirtschaftsbossen, Menschenhändlern und aufbegehrenden Arbeitern.

 Spielfilm UK/IT/D, 2007, Regie: Ken Loach, 92 Minuten

Das DGB Bildungswerk e.V., Bereich Migration & Gleichberechtigung, bietet Medien für Multiplikatoren zur kostenlosen Ausleihe an. Sie können direkt über das Internet bestellen. Die Ausleihfrist beträgt vier Wochen.

 www.migration-online.de/medienverleih

Bitte folgen!

Ab sofort ist das DGB Bildungswerk auch auf Twitter

vertreten. Auf dem Account @ForumMigration gibt es aktuelle Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Anerkannt – Newsletter des DGB Bildungswerk – Themen der September-Ausgabe u.a.

– Tagung des BMBF: Potenziale von Zuwanderern nutzen
 Newsletter „Anerkannt“ zum Download:
www.migration-online.de/publikation._aWQ9NDK200_.html

Mentorenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt – Teil I

23. bis 24. Oktober 2015

Veranstaltungsort: München

Geht die globale Armut auf Reisen? Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik im 21. Jahrhundert

18. bis 23. Oktober 2015

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Tagung: Anerkennungskultur jetzt! Betriebliche und gewerkschaftliche Positionen zur Stärkung der Berufsanerkennung in der Arbeitswelt

22. Oktober 2015

Veranstaltungsort: IG Metall Düsseldorf

Faire Mobilität – Ausbeutung und Lohndumping verhindern. Train-the-Trainer Seminar

31. Januar bis 03. Februar 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

19. bis 24. Juni 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

http://migration-online.de/beitrag_all_5_X19pbm10PTEmYW1wO3BpZD03_.html



Die Abschreckung wirkt nach



© Caritas

Kommentar von Prälat Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Täglich kommen Menschen auf der Suche nach Sicherheit, Schutz und wirtschaftlicher Zukunft nach Deutschland. Die Frage der Unterbringung ist aktuell eine der größten Herausforderungen. Sichtbar wird dies an der Überforderung vieler Kommunen, ausreichend Wohnraum für Schutzsuchende zur Verfügung zu stellen. Kurzfristig eingerichtete Notunterkünfte in Turnhallen, Hotels oder Zelten belegen dies eindeutig.

Es sind nicht nur die hohen Flüchtlingszahlen, die zu dieser kritischen Situation geführt haben. Zum Teil zeigen sich auch Versäumnisse der Vergangenheit: Politik und Verwaltung hatten sich über die Jahre auf niedrige Flüchtlingszahlen eingestellt, vorhandene Kapazitäten abgebaut und versäumt, notwendige Maßnahmen wie Neubauten oder Modernisierungen umzusetzen oder bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir alle müssen uns jedoch darauf einstellen, dass aufgrund der anhaltenden weltweiten Krisen die Zahl der Flüchtlinge auch künftig hoch sein wird. Das Thema der Unterbringung wird auch weiterhin auf der politischen Agenda stehen.

Einer angemessenen Unterkunft kommt aus zwei Gründen eine hohe Bedeutung zu: Für die Flüchtlinge, die Wochen und Monate auf der Flucht waren und häufig traumatische Erlebnisse bewältigen müssen, ist es außerordentlich wichtig, einen Raum zu haben, der Sicherheit und den Schutz der eigenen Privatsphäre gewährleistet. Aber auch für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft sind die Lage und die Größe einer Unterkunft wichtig. Wenn beispielsweise eine Flüchtlingsfamilie in einer Miet-

wohnung lebt, ergeben sich selbstverständliche Kontakte mit den Nachbarn und das Kennenlernen wird erleichtert.

Die ersten Anlaufstellen für Asylbewerber_innen sind die staatlichen Erstaufnahmeeinrichtungen. In ihnen sollten schutzsuchende Menschen möglichst kurz verbleiben – das setzt voraus, dass die Asylverfahren zügig durchgeführt werden, um rasche Gewissheit für die Zukunft zu bekommen. Nach der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung folgt die so genannte Anschlussunterbringung, die landesrechtlich geregelt ist und sich regional teilweise erheblich unterscheidet.

Über Jahre hinweg hat die Politik in weiten Teilen Deutschlands mit den Rahmenbedingungen das Ziel der Abschreckung verfolgt. Auch wenn sich dies mittlerweile geändert hat, wirkt doch das zu Grunde liegende Denken bis heute nach. So leben Flüchtlinge oft auch nach dem Wechsel von einer Erstaufnahmeeinrichtung in großen Gemeinschaftsunterkünften, die wenig Privatsphäre ermöglichen; nicht selten fernab von Ärzten, Schulen oder Einkaufsmöglichkeiten. Oft fehlen die Mittel für eine ausreichende Betreuung durch Sozialarbeiter.

Die Suche nach geeigneten Unterkünften ist eine Aufgabe mit besonderer Brisanz. Auch wenn angesichts der aktuellen Situation in vielen Kommunen pragmatische Lösungen Vorrang haben und manchmal nur das Aufstellen von Zelten möglich scheint (was jedoch angesichts der nahenden Herbst- und Wintermonate nicht mehr lange möglich ist), darf nicht vergessen werden, dass es Standards in der Unterbringung von Flüchtlingen geben muss, die nicht unterlaufen werden dürfen. Kommunen, aber

auch die Kirche mit ihrer Caritas müssen, wenn sie Wohnraum zur Verfügung stellen, verschiedene Punkte berücksichtigen: Wie viele Menschen wohnen in der Immobilie? Wie viele Sozialarbeiter werden benötigt? Liegt das Gebäude zentral mit guter Verkehrsanbindung oder fernab von Ärzten, Schulen und Kindertagesstätten?

Gleich ob Gemeinschaftsunterkunft oder Wohnungen: Stets gilt, dass die Nachbarn im Besonderen und die Bevölkerung im Allgemeinen immer eingebunden werden müssen, um Ängste und Vorbehalte abzubauen. Frühzeitige Information und eine offene Kommunikation tragen wesentlich dazu bei, das Verständnis und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken und zu erhalten.

Wir erleben eine ungeheuer große und beeindruckende Hilfsbereitschaft in Deutschland. Die Menschen zeigen sich solidarisch mit der Not der Flüchtlinge und helfen in vielerlei Weise. Diese Hilfsbereitschaft und Offenheit gilt es zu würdigen und zu erhalten. Wenn Menschen einander begegnen und sich kennen lernen, ist das die beste Voraussetzung, um in Deutschland gut zusammenleben zu können; spätestens dann, wenn das Asylverfahren zügig und positiv zum Abschluss gebracht werden konnte. Wo, wenn nicht im Umfeld des eigenen Wohnraumes, sollte dies gelingen?

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

